53. Jahrgang. № 61.

Dienstag, 2. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — An Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Buchholz-Hüte sind von bekannter Güte nur **Annenstr. 28**

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Med.-Rat **Dr. Küchenmeisters Wurm-Präparate** zeichnen sich vor vielen anderen Mitteln dadurch aus, dass sie nicht bloss **Maden-, Spul-** u. **Bandwürmer** vollständig abtreiben, sondern auch deren Brut u. sonstige **Darmschmarotzer** absolut sicher vernichten. Alleinverkauf und Versand nach auswärts. **Salomonis-Apotheke** DRESDEN-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

König Friedrich August hat gestern vormittag von Antwerpen aus seine Reise nach dem Mittelmeer angetreten.

Die vereinigten Bezirks- und Bürgervereine Dresdens nahmen in einer Sitzung Stellung gegen die neueste Straßenbahnvorlage und schlugen neue Fahrpreise vor.

In Anwesenheit des Kaisers fand gestern in Berlin die Hundertjahrfeier des preußischen Kriegsministeriums statt.

Der Reichstag genehmigte gestern den Etat für Ostafrika.

Die 4 Vertreter der Blockparteien sind zu einer Verständigung in der Reichsfinanzreform gelangt, die auf der Erweiterung der Erbschaftssteuer und einer einheitlichen Regelung der einzelstaatlichen Einkommen- und Vermögenssteuer nach den Vorschriften des Reiches beruht; das Kompromiß bedarf noch der Bestätigung durch die Fraktionen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wandte sich Minister v. Moltke scharf gegen die sozialdemokratische Taktik der Straßendemonstrationen.

Im Ruhrgebiet fanden Massen-Bergarbeiterversammlungen statt; in einer Resolution wird die Schaffung eines Reichsberggesetzes verlangt, die vorgeschlagene Einführung einer Kohlensteuer dagegen abgelehnt.

In Waldenburg i. Schles. kam es zu großen Straßendemonstrationen.

Die Kolonialdebatten im Reichstage

haben erfreulicherweise gezeigt, daß wir immer mehr ein kolonialfreudiges Volk werden, dessen Verständnis für die Bedürfnisse unserer Schutzgebiete zugleich mit dem gesteigerten Interesse wächst. Wenn man die Reden durchmustert, die von den Vertretern der bürgerlichen Parteien im Laufe der vorigen Woche gehalten worden sind, so darf man wohl sagen: Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein! Früher sah man Kolonialfreunde und Kolonialgegner im Reichstage hart miteinander ringen: heute ist eine völlige Uebereinstimmung aller bürgerlichen Parteien in der Beurteilung des Wertes unserer Schutzgebiete zu konstatieren. Früher ein Geist des lähmenden Pessimismus, der sich in endlosen Nörgeleien Luft machte und die Verweigerung größerer Forderungen für die Aufschließung der deutschen Kolonien beinahe als Sport betrieb: heute ein lautes, bejahendes Bekenntnis zu unserer Kolonialpolitik und der ernste Wille, an der Erzielung neuer Fortschritte energisch mitzuwirken. Dieser Umschwung wird von allen Patrioten mit herzlicher Genugtuung begrüßt werden, denn er öffnet verheißungsvolle Blicke in eine bessere Zukunft, nachdem lange, leider allzulange Zeit eine bedauerliche Stagnation in unserer Kolonialpolitik zu verzeichnen gewesen war. Was wollen demgegenüber die sozialdemokratischen Unkenrufe besagen, die sich auch in den Reichstagsdebatten der vorigen Woche mit großer Geschwollenheit und unsachlicher Dreistigkeit breit machten?! Das Klappern öder Kritikasterei gehört nun einmal zum berüchtigten Handwerkszeug der Sozialdemokratie und es hieße den Herren wirklich zu viel Ehre antun, wenn man auf ihre Anwürfe, daß in unseren Schutzgebieten ein System der Ausbeutung und Auswucherung getrieben würde, näher eingehen wollte. Dieser Mißklang in den Kolonialdebatten der vergangenen Woche verhallte fast gänzlich und der sozialdemokratische Abgeordnete Eichhorn erzielte einige Beachtung nur dadurch, daß ihm vom Präsidenten zwei Ordnungsrufe erteilt werden mußten. Davon abgesehen, kam allgemein die Zustimmung zur Kolonialpolitik zu erfreulich starkem Ausdruck, besonders dazu, daß jetzt unter Dernburg die so wichtigen wirtschaftlichen und kaufmännischen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten beginnen. Man fängt an, an die Rentabilität unserer Kolonien zu glauben, die früher nur wie ein optimistischer Traum unentwegter Kolonialenthusiasten erschien. Gleich der erste Redner des Hauses, Herr von Liebert, selbst ein verdienter alter Afrikaner, hob diesen Fortschritt hervor und erkannte bereitwillig an, wie verständig, klar und übersichtlich der Kolonialetat diesmal aufgestellt worden sei, so daß Anträge auf Abänderungen nur in ganz geringem Umfange gestellt zu werden brauchten.

Natürlich fehlte es auch nicht an ernster Kritik, die sich besonders gegen die Person Dernburgs richtete. Es hat sich in der Stimmung ihm gegenüber in weiten Kreisen ein Wechsel bemerkbar gemacht, der auch im Reichstage zur Geltung kam. Die Popularität, die ihm sein erstes Auftreten in den kritischen Dezembertagen des Jahres 1906 eingetragen hatte, ist einer nüchternen Beurteilung gewichen, trotzdem niemand die großen Verdienste leugnet, die er sich schon während der kurzen Jahre seiner bisherigen Amtsführung um die deutsche Kolonialsache erworben hat. Aber man sieht jetzt neben den Lichtseiten seiner Eigenart auch die Schattenseiten, die selbst seine treuesten Anhänger nicht wegzuleugnen vermögen. Diesen Eindruck ergab auch sein Auftreten vor einigen Wochen hier in Dresden. Vielleicht wäre diese Abkühlung nicht so schnell eingetreten, wenn Dernburg in seinen Worten und seinem ganzen Auftreten manchmal etwas zurückhaltender wäre. Sei es nun Temperamentsüberschuß oder allzu gesteigertes Selbstbewußtsein: jedenfalls scheint Herr Dernburg von dem leidenschaftlichen Ehrgeiz beseelt, stets recht zu behalten, wobei er sich oft zu Angriffen auf bewährte Kolonialmänner hinreißen läßt, die ihm viele Sympathien verscherzen, was im Interesse der von ihm vertretenen Sache unter allen Umständen bedauerlich ist. Es sei hier nur an die versteckte Kritik Dernburgs an der Trothaschen Kriegführung in Südwestafrika erinnert, die heftige Preßkämpfe entfesselte, da sich General von Trotha und sein Anhang mit Recht zur Wehr setzten. Wozu das? Wenn die Frage noch akut wäre, könnte man ihre Erwähnung durch den Staatssekretär begreiflich finden, da sie aber bereits der Geschichte angehört, war ein nochmaliges Eingehen auf sie überflüssig und lediglich geeignet, böses Blut zu machen, besonders da der durchaus unkriegerische Staatssekretär für militärische Dinge nicht kompetent genannt werden kann. Oder ein anderer Fall: Während der letzten Reichstagsdebatten über den Kolonialetat warf Herr Dernburg dem Abgeordneten von Liebert, dem früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, vor, daß während seiner Amtszeit nicht weniger wie fünfundzwanzig Aufstände getobt hätten. Dieser Vorwurf war unrichtig, denn in Wirklichkeit waren es nur drei; alles übrige war lediglich der ortsübliche Widerstand der schwarzen Bevölkerung gegen Steuerexekutionen oder einfacher Landfriedensbruch. Man verlangt von den Vertretern der Regierung mit Recht, daß sie ihre Worte vorsichtig wägen und sich von ihrem Temperament nicht fortreißen lassen: dieser Forderung wird sich auch Exzellenz Dernburg auf die Dauer nicht entziehen können. Mag es ihm auch oft schwer werden, seine Vergangenheit ganz zu verleugnen und sich in die kühle, sachliche Korrektheit des hohen Beamten zu finden, die seiner Eigenart so gar nicht entspricht, er wird es dennoch tun müssen, um unnütze Reibungen und Mißverständnisse zu vermeiden. Er braucht dabei von der sonstigen Frische seiner Persönlichkeit, die dem kolonialen Werke durch kräftiges Anpacken aller Probleme viele Vorteile bringt, auch nicht ein Tüttelchen preiszugeben.

Das wäre um so wünschenswerter, als der sachliche Kampf gegen Dernburgs „neue" Kolonialpolitik mit wachsender Schärfe einsetzt. Waren es früher die „Schwarzen" und „Roten" im Reichstage, die unsere Kolonialpolitik aufs heftigste bekämpften und an ihr kein gutes Haar ließen, so sind es jetzt gerade die Männer auf der Rechten, an deren kolonialfreundlicher Gesinnung auch nicht von ferne gezweifelt werden darf, welche mehr oder minder laute Opposition machen. Der Streit dreht sich dabei hauptsächlich um die Eingeborenen-Frage und das Verhältnis zwischen Weißen und Schwarzen. Dernburg will zwischen beiden vermitteln. Das hört sich sehr plausibel an, aber viele unserer besten Afrikaner behaupten, daß auf Kosten der weißen Kulturpioniere vermittelt wird und die Schwarzen zur Aufsässigkeit und Anmaßung gegenüber der herrschenden Rasse herangezogen werden. Die Klagen über die Regierungsmethode des derzeitigen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Herrn von Rechenberg, der über den Interessen der Inder und einheimischen Schwarzen diejenigen der Europäer zu vergessen scheint, wenn man den Berichten aus Ostafrika glauben darf, fanden im Reichstage lauten Widerhall. Man braucht noch lange nicht auf dem verpönten „Herrenstandpunkt" zu stehen, um zu begreifen, daß den Weißen gegenüber der farbigen Bevölkerung eine unbedingte Vorrangstellung eingeräumt werden muß, zumal sie sich — nur einige tausend Köpfe gegen viele Millionen Schwarzer — in verschwindender Minorität befinden. Sie sind die Kulturträger und Herren des Landes, darum müssen sie mit Vorrechten ausgestattet sein, dafür allerdings auch, wie Herr Dernburg mit Nachdruck bemerkte, diejenige Selbstzucht und Würde zeigen, die gerade in den Kolonien für den weißen Mann unerläßlich ist. Daß es hieran manchmal gefehlt hat, daß oft Vorrecht zur Willkür von ungeeigneten Elementen ausgenützt wurde, ist bedauerlich, ändert aber nichts an der Notwendigkeit, die weiße Bevölkerung grundsätzlich zu bevorrechten und ihre Position mit allen Mitteln zu festigen. Die Kunst, „zwischen" den Rassen zu vermitteln, soll erst noch erfunden werden, und deshalb haben unseres Erachtens die Afrikaner recht, die auf Grund langjähriger, eigener Erfahrung den Herrenstandpunkt für die weiße Rasse (im vernünftigen, moralischen Sinne verstanden!) als unerläßliche Vorbedingung erfolgreicher Kolonisation fordern, gleichzeitig aber alle Ausschreitungen in dieser Richtung vermieden und gegebenenfalls streng bestraft wissen wollen. In der Eingeborenen-Frage berührt sich Staatssekretär Dernburg auffallend nahe mit linksliberalen, sozialdemokratischen und Zentrumsansichten, während er von der Rechten selbstverständlich energisch bekämpft wird. Es spielen bei Dernburgs Haltung in der Eingeborenen-Frage gewisse Momente seiner früheren Entwicklung und parteipolitischen Richtung eine große Rolle; er hat jedenfalls die tiefe Bedeutung der Rassenfragen nicht voll erfaßt. Ist dieses Manko beim Staatssekretär auf noch nicht überwundene doktrinäre freisinnige Anschauungen zurückzuführen, die fundamentale Rassenunterschiede möglichst nicht gelten lassen wollen, so tritt das Zentrum aus falsch verstandenen religiös-christlichen Grundsätzen für die Eingeborenen gegenüber den Weißen ein. Hier heißt es auf der Hut sein, damit wir mit unserer Kolonialpolitik nicht in ein falsches Fahrwasser geraten. Bei aller Hochachtung vor den Verdiensten des Staatssekretärs Dernburg muß das rückhaltlos ausgesprochen werden.

Neueste Drahtmeldungen vom 1. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Kolonialetats wird fortgesetzt. Abg. Werner (Reformp.) erkennt an, daß man hinsichtlich Behandlung der Eingeborenen zu humanen Anschauungen gekommen ist. Eine vernünftige Kolonialpolitik müsse vor allem auf Verkehrswege bedacht sein. Sehr wichtig sei die Inder-Frage. Eine Ausbeutung der Neger durch die Inder, wie bisher, müsse verhütet werden. Redner begrüßt es, daß der Staatssekretär, um nicht vom grünen Tische zu urteilen, Afrika besucht hat. Er werde sich dort gewiß nicht Potemkinsche Dörfer habe zeigen lassen. — Abg. Ablaß (Freis. Volksp.) bringt die Behandlung des Distriktskommissars Rabe durch den Assessor Fehlandt zur Sprache. Von grundsätzlicher Wichtigkeit sei die Frage, ob vom Staatssekretär bestellte Beamte, die noch dazu ihre Geschäfte nur kommissarisch ausüben, zu richterlichen Funktionen befugt seien. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, inwieweit das Verfahren überhaupt ein ordnungsgemäßes gewesen sei. — Abg. Hans Edler zu Putlitz (kons.): Erfreulich sei die Einmütigkeit darüber, daß ein Fortschritt in der Entwicklung unserer Kolonien unverkennbar ist. Einmütigkeit bestehe auch in der Anerkennung, daß sich unsere Kolonien auch finanziell entwickeln. — Abg. Noske (Soz.) behauptet, daß sich ein Umschwung in der Kolonialpolitik in der Richtung der sozialdemokratischen Anschauung vollzogen habe. Er erkenne den finanziellen Fortschritt und die Verminderung der Reichszuschüsse an und hoffe, daß es in einigen Jahren gelingen werde, die Kolonien zuschußfrei zu machen. Aber die Zinsen der kolonialen Schulden usw. würden das Mutterland noch lange belasten. Die Werte in den Kolonien bestritten seine Freunde gar nicht, was sie bestritten, sei der Wert für die große Masse des Volkes, für die Arbeiter. Ostafrika müsse ein Negerland bleiben. Ein Millionenheer von landlosen Negern wäre die größte Gefahr, deshalb wäre eine sehr starke deutsche Besiedelung ein Unglück. Die Missionstätigkeit dürfe nicht staatlich unterstützt werden, Religion sei Privatsache. In der Rechtsprechung fehle Gerechtigkeit. Ein Weißer, der drei Menschenleben (Neger) auf dem Gewissen habe, erhalte nur 9 Monate Gefängnis und hoffe dann noch auf Begnadigung, ein Neger dagegen, der einen Weißen totschlage, der sich an seinem Eigentum vergriffen habe, werde mit dem Tode bestraft. Von einer wirklichen zivilisatorischen kolonialen Politik seien wir noch sehr weit entfernt. — Staatssekretär Dernburg: Die Verwaltung stehe selbst auf dem Standpunkt, daß in den Kolonien noch viele Mängel bestehen. Aber der Vorredner habe doch zu sehr durch seine Parteibrille geblickt, so in dem, was er über die Justizpflege sagte. Vor solchen Uebertreibungen sollte man sich hüten. Wissen Sie denn, unter welchen Verhältnissen der betreffende Weiße drei Neger zu Tode gebracht hat? Auf die Angelegenheit Dominik kommen die Herren immer wieder zurück. Aber ich habe Herrn Bebel ja schon vor drei Jahren nachgewiesen, wie unberechtigt seine Schilderungen vom Falle Dominik waren. Auch die finanziellen Angaben des Herrn Eichhorn waren unrichtig. So wußte er nicht einmal, daß Togo schon seit Jahren keinen Reichszuschuß mehr braucht. Die ganze Argumentation Eichhorns erinnert an den Mann, der argumentierte: erstens habe ich den Topf überhaupt nicht entliehen, zweitens habe ich den Topf zurückgegeben und drittens hatte der Topf schon ein Loch, als ich ihn entlieh. (Große Heiterkeit.) Herr Arnim sprach von dem starken Alkoholverbrauche. Aber die Ziffern, die er gab, waren unrichtig.

SLUB
Wir führen Wissen.